

# Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Gebr. Arnhold, Dresden  
und Köchliche Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Frachtposten mit den wöchentlichen Beilagen  
für ein halbes Jahr 1 M.  
Einzelnummer 10 Pf.  
Telegraphische Adressen: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-  
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile  
30 Pf., die 90 mm breite Reklamazeile 1,50 M., für ausländische An-  
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgeschäfte  
40 Proz. Rabatt. Für Briefverbreitung 10 Pf.  
Die Redaktion.

Nr. 61

Dresden, Sonnabend den 13. März 1926

37. Jahrg.

## Heute: 100 000!

### Das Einzeichnungsergebnis in Dresden

Am Donnerstag wurden 75 000 Unterschriften für das Volksbegehren gezählt, am Freitag die Zahl auf 87 000 gestiegen, heute Sonnabend abend werden zweifellos 100 000 Einzeichnungen vorgenommen sein. Das gute Ergebnis darf niemand abhalten, der es bisher versäumt hat, sich morgen Sonntag und die kommenden Tage noch einzzeichnen. Je höher die Zahl der Eintragungen für das Volksbegehren, desto sicherer der Erfolg beim Volksentscheid!

### Heran zur Einzeichnung!

Die Ergebnisse des Volksbegehrens aus dem Reich sind einem ungefähren Ueberblick über die Beteiligung der Bevölkerung. Die Technik des Volksbegehrens ist es mit sich, daß laufend die zahlenmäßigen Ergebnisse in genauen Zahlen nur aus größeren Städten bekannt werden. Die Nachrichten, die über den Verlauf des Volksbegehrens in den größeren Städten vorliegen, zeigen mit großer Regelmäßigkeit, daß sich dort bis zum Donnerstag abend durchschnittlich 15 Prozent der Wahlberechtigten und 50 Prozent der Wähler beteiligt haben, die bei der letzten Reichstagswahl für Sozialdemokraten und Kommunisten gestimmt haben. Eine Ausnahme von diesem Durchschnitt machen die Reichshauptstadt, in der sich bis Donnerstag abend schon über 70 Prozent der Wahlberechtigten beteiligt haben, die in größeren Großstädten und einzelne Bezirke in kleineren Städten. Soweit Nachrichten aus ländlichen Gegenden vorliegen, geben sie ein hochinteressantes Bild. Sie zeigen, daß ein Teil der Bauernbevölkerung, die bisher durchwegs rechtlich steht, selbst dort, wo sie das Klagen der bescheidenen Stimmziffer gebildet hat, sich in einem außerordentlich hohen Prozentsatz an der Einzeichnung beteiligt hat. Es ist eine Volksbewegung, und es gibt keine Schicht des Volkes, die nicht von ihr erfasst worden ist.

legenheit gäbe, weitere Ansetzungen vorzunehmen. Es könnten Jahreshöhe bezogen bis die Verhältnisse sich mit Sicherheit übersehen ließen. Sehr zu bedauern wäre, wenn halt der wirtschaftlichen Besserstellung der Länder eine Verschlechterung eintrete. Die drei Abstimmungserträge mit den Fürsten der beiden Schwarzburger Länder und von Altenburg müßten für rechtsverbindlich erklärt werden. Die Schiedsgerichte seien bei der Aufwertung so weit gegangen, daß eine Nachprüfung und Beringerung der zugewiesenen Aufwertungsätze notwendig sei.

Im weiteren Verlauf der Aussprache beendete Abg. Schulte (Zent.) den neuen Kompromißentwurf, wie er nunmehr dem Ansatze vorliegt. Keine der an seinem Instandkommen beteiligten Parteien, so erklärt man, sei mit dem Kompromiß ganz einverstanden. Das Kompromiß sei das Ergebnis einer Verhandlung, die unter dem Vorsitz des Reichskanzlers unter Mitwirkung der bürgerlichen Mittelparteien, der christlichen Einheitsliste sowie über die Grundgedanken; Bayerische und Deutsche Volkspartei hätten ausdrückliche Vorbehalte gemacht. Abg. Wundertich (D. Vp.) erklärt, daß er persönlich nicht damit einverstanden sei, daß nur vier Mitglieder des Sondergremiums Minister sein sollen. — Die weitere Aussprache über den Kompromißentwurf soll erst am nächsten Donnerstag, beziehungsweise also erst nach Abschluß des Volksbegehrens, erfolgen.

### Beispiele für die Aufwertungsansprüche der Fürsten

In Schaumburg-Lippe ist ein Vergleichsabschluss abgeschlossen worden, der 330 000 Mark Goldwert auf 1,5 Millionen aufwertet. Das ist eine Aufwertung von nicht ganz 500 Prozent.

Der Großherzog von Hessen verlangt die volle Aufwertung von 100 Proz. des Nennwertes einer Kapitalanleihe von 11 Millionen Mark, die jährlich mit 4 Prozent zu verzinsen sei. Das ergibt eine Jahresrente von 440 000 Mark.

Insgesamt ergeben sich Aufwertungsätze bis zu 1400 Prozent. Kein Wunder, daß bei solchen Schiedsgerichten und Gerichtsverfahren ein Fürstentum noch dem andern nicht nur Abfindung, sondern auch Aufwertung fordert. Es liegt die größte Wadelsche Linie, es folgen der Fürst von Schaumburg-Lippe und der von Lippe-Deimold, Prinz von Montenegro, das Anhalter Haus, die Wittelsbacher, der Altenburger Großherzog und in Baden und Oldenburg schreiben ebenfalls Aufwertungsansprüche. Wenn alle ihre Forderungen nur mit 100 Prozent ausgewertet werden, ergibt sich allein daraus eine Gesamtbelastung von rund 103 Millionen Reichsmark.

## Gehler und die Schwarze Reichswehr

Von einem ehemaligen württembergischen Führer

Der Reichswehrminister hat kürzlich im Reichstag mit dem Präsidenten der Hebergewegung versichert, daß eine Verbindung zwischen Reichswehr und den vaterländischen Verbänden nie bestanden habe. Wir geben zu diesem Thema jemand das Wort, der davon einiges wissen muß, weil er ehemals in den höchsten Reihen an führender Stelle stand. Was er darlegt, vermehrt jenes Material, das Herr Gehler bis heute noch nicht beantwortet hat und das seine Erklärung in einem mehr als merkwürdigen Lichte erscheinen läßt.

Die Redaktion.

Herrn Gehlers Postfach hör' ich wohl, allein... Ich glaube ihm nicht und zwar auf Grund eigener jahrelanger Erfahrungen in dieser sogenannten „nationalen“ Bewegung. — Wer nur einigermaßen in die Praxis der „vaterländischen“ Einheitsliste eingedrungen ist, der weiß ja, wie leicht es ist und mit welcher Schaulust man versteht, alle offiziellen Beziehungen zu vermeiden oder zu verwickeln. Es bestehen ja auch so viele unkontrollierbare „private“ Verbindungen zwischen den aktiven und inaktiven Offizieren, daß man auf „amtliche“ Mißbilligung nicht angewiesen ist. Es ist eben ein Offizier da, der, obgleich außerhalb des Verbandes stehend, doch eine merkwürdige Autorität besitzt. Der Uneingeweihte glaubt nur an ein „Privatvergnügen“ dieses Herrn und an eine eventuelle Freundschaft zum Verbandsführer, und nur der Eingeweihte weiß, warum sich die eigenen Führer seinem Willen unterordnen. Man spricht seinen Namen mit einer eigenartigen Betonung, und man ist im Bilde.

Wenn z. B. die Werwolf-Ortsgruppe Stettin wochenlang hieherhaft läßt, um sich für eine Inspektion durch einen Oberstleutnant Hause würdig vorzubereiten, und wenn auch in den leitenden Kreisen jenes Kampfbundes der Name dieses Offiziers mit solcher jähelhaften Betonung ausgesprochen wird, so kann man doch immer noch und trotzdem an ein reines „Privatvergnügen“ glauben. Etwas schäme ich es nun schon, wenn sich z. B. die Werwolf-Ortsgruppe Greifenberg i. B. bei ihrem Landesverband bedankt, daß sie durch die Gegerlichkeit des Leutnants Belg, des „Schwarzen Reichswehrprofessors“, verhindert werde, auf den militärischen Schiedsständen Übungen abzuhalten. Oder wenn bei einer Verewegung aller vaterländischen Verbände von Mecklenburg-Strelitz in Mecklenburg ein Offizier — der Name ist aus den Protokollen zu ersehen, Herr Gehler! — offiziell als „Verbindungsoffizier“ der Reichswehr ausweist, damit beauftragt, die militärische Ausbildung innerhalb der zu gründenden Arbeitsgemeinschaft zu übernehmen. Und die Führer der einzelnen Kampfbünde, zum großen Teil selbst Offiziere, kennen ihn und unterwerfen sich ihm sofort in „militärischer Hinsicht“.

Kann man wohl wirklich noch von einer strikten Neutralität oder wohl gar von einer Ablehnung — wie Herr Gehler sogar behauptet hat — sprechen, wenn z. B. die Stettiner Kampfbünde wochen- und monatlang sogenannte „Offizierskurse“ — es waren natürlich einfache Ausbildungskurse, der Name war aber den rechtsradikalen Aktivisten nicht imponierend genug — im Reichswehrkasino abhielten, zweimal in der Woche, bei denen sogar Reichswehrprofessoren in Uniform als Lehrer auftraten, und an die sich jedesmal ein hunderntlanges Besamment der aktiven und inaktiven Offiziere angeschlossen? Von den sonstigen regelmäßigen Zusammenkünften „gesellschaftlicher“ Art nicht zu sprechen. Oder wenn die Kampfbünde dauernd ihre Schiedsstunden auf den militärischen Ständen in Kredow abhielten? Oder wenn sogar auf dem Truppenübungsplatz Kredow vom Kartell der Kampfbünde „Führerkurse“ abgehalten wurden, in denen Ausertwählte der verschiedenen rechtsradikalen Kampfbünde durch Instruktionsoffiziere mit den modernsten Kampfmethoden vertraut gemacht wurden? Diese Kurse dauerten immer je acht Tage, während welcher Zeit die Abkommandierten im Paradenlager vollständig wohnen und sich dem militärischen Dienst restlos unterordnen mußten und auch militärische Auszeichnungen erhielten. Wer im Verus war, dem wurde Urlaub erteilt.

Herr Gehler, ist dieses harmonische Nebeneinanderleben von Reichswehr und schwarzweißroten Kampfbünden nicht zu harmonisch, als daß man noch von einer wirklichen Neutralität der ersteren sprechen kann?

Noch noch etwas anderes: Ist es wahr, was von der Bundesleitung des Werwolves z. B. behauptet wurde, daß bei der Reichsregierung gegen Sachen damals der größte Teil der Truppen des Generals Müller aus eingekleideten Stahlhelm- und Werwolf-Leuten bestand? Sind diese Kampfbündler wirklich nur im Interesse des Staates in Sachen einmarschieren, oder haben sie nicht vielleicht andere geheime Wünsche geleitet? Und schließlich: Ist es wahr, daß — wie der Werwolf-Bundesführer am 1. März vorigen Jahres bei einer Besprechung der „vaterländischen Arbeitsgemeinschaft Mecklenburg-Strelitz“ in Mecklenburg behauptet: — das Reichswehrministerium Anfang vorigen Jahres an die drei großen rechtsradikalen Kampfbünde, Stahlhelm, Werwolf und Bund, die Anfrage gerichtet habe, wieviel Hilfstruppen ein jeder im Falle eines kommunistischen Aufstandes stellen würde? Der Werwolf hatte nach dem Bericht der Bundesleitung allein 20 000 Mann zugesagt...

Handelt es sich in den letzten beiden Fällen gerade wirklich nur um unwahre Behauptungen „vaterländischer Führer“, nur ausgeteilt, um durch die Vorlegung eines

## Die steigenden Ziffern

Die Volksbegehren-Propaganda nimmt überall von Tag zu Tag immer mehr zu. Die Gewerkschaften Bremens führen in der Provinz eine umfassende Kartenzentrale durch, die einzelnen die Summen an ihre Einzeichnungspflicht, während die sozialdemokratische Partei täglch durch Verlesung der Einzeichnungsergebnisse an den Anschlagtafeln die Propaganda steigert. In der Schlepperei wird vorberichtet. Die bürgerliche Presse nimmt immer mehr Anteil an der Sache und nennt die Einzeichnungspflicht „wichtigen Terror“, der zur Ungleichheitsklärung des ganzen Eintragungsergebnisses führen müßte. Trotz dieser Propaganda sind im Bremer Staatsgebiet bereits nahezu 50 000 Einzeichnungen eingeleistet und in der Stadt Bremen haben schon mehr als 30 Prozent Stimmberechtigte sich für das Volksbegehren eingetragen.

Am Freitag abend wurden in Stuttgart 44 112 Einzeichnungen für das Volksbegehren gezählt. Im übrigen Lande gewinnt die Bewegung erst jetzt an Boden, so daß auch in Württemberg mit dem besten Erfolg gerechnet werden kann.

In Württemberg betrug die Gesamtzahl der Einzeichnungen am Freitag abend 32 823 oder 21 Prozent der Einzeichnungspflichtigen. — Im Bezirk Forstheim-Land erreichten die Einzeichnungen bereits 15 Prozent. — In Freiburg hatten am Freitag abend 600 Personen eingetragen.

## Das Kompromiß — eine Privatarbeit...

Der Reichsausschuß des Reichstags begann am Freitag die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über die vorläufige Ausgliederung der Länder mit den damals anwesenden Ausschüssen. Dem Ausschuss lag eine Zusammenfassung des Entwurfs vor, von dem unabhängig die Ausschüsse Kenntnis der Fürsten zum Vortragsort hatten. Und dann ist man in der Lage, die Größe der Aufwertungsansprüche überblicken zu können. Dem Antrag, die Aufwertung der Fürsten durch den Reichsausschuß zu übernehmen, und des Reichsausschusses Fürstentum geht hervor, daß der Reichsausschuß unter anderen Fürsten die Aufwertung des Fürstentums von Baden für ein Kompromiß in der Sache an eine Lenowen-Firma verkauft hat. In einem der Thüringischen Finanzministeriums ist bekannt, daß das Kompromiß bei der Abschaffung von den Fürstlichen Anleihen hat, weil im Falle verschiedener anderen ehemaligen Fürsten die Vermögenswerte des Staates übersehen ließ. Diese Kompromisse würden sich nach dem Kompromiß, wenn das neue Reichsgesetz den Fürsten Ge-

